

- .Herr Krips fragt, inwieweit die Besichtigung der Übergangsheime Uferstraße möglich ist und wie dies koordiniert werden könnte.  
Ein weiterer Anwohner geht im weiteren Verlauf hierauf ein und fragt ebenfalls danach.  
Der Bürgermeister erklärt, dass die Mitarbeiter für eine solche Koordination keine Zeit hätten. Er selber befürworte so etwas auch nicht. Jedem sei unbenommen, dort als freier Bürger dieses Landes zu klingeln, sich vorzustellen und mit den Leuten ins Gespräch zu kommen.  
Herr Droppelmann wirft ein, dass dies kein Thema für den Wahlkampf sei.

- Herr Krips fragt weiter, ob etwas über Belästigungen durch Hunde und PKW's im Bereich Kapellenweg in Irlenborn bekannt sei.  
Herr Sterzenbach verweist auf eine umfangreiche Eingabe, die z.T. aber auch in die Vergangenheit zurückreiche. Die Angelegenheit werde geprüft, Termine hierzu hätten bereits stattgefunden. Die Eingabe sei jetzt noch einmal erneuert worden und werde bearbeitet.

- Auf Frage von Frau Deitenbach nach der Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf die Gewinnung von ehrenamtlichen Helfern für die Flüchtlinge verweist der Bürgermeister auf seine Ausführungen während der Sitzung und das erfolgreiche Modell des „organischen Wachsens“ der Helfer.

- Unter Bezugnahme auf Verfahrensweisen in anderen Gemeinden fragt Frau Deitenbach, warum es in Eitorf keine öffentlichen Infoveranstaltungen zur Flüchtlingsproblematik gebe.  
Der Bürgermeister hält es nicht für hilfreich, sein Personal mit der Durchführung von runden Tischen für mehrere hundert Leute zu befassen und verweist im Übrigen auf seine vorherigen Ausführungen.

- Frau Deitenbach spricht auch die Information *für* Flüchtlinge an fragt, wieso Extra-Blatt und Wochenende nicht verteilt würden. Am Beispiel eines Hauses könne z.B. sein, dass die früheren Bewohner dies verboten hätte. Die Uferstraße erhalte aber auch kein Mitteilungsblatt. Sie fragt, ob es diesbezüglich irgendwelche Verbote gebe, z.B. aufgrund der Müllproblematik.

Der Bürgermeister erklärt, dass ihm diesbezüglich nichts bekannt sei.

- Herr Jaschkowski verweist in einem emotionalen Wortbeitrag auf ein umfangreiches Schreiben vom 23.08. an die Gemeinde Eitorf und die Fraktionen mit dem Hinweis auf verschiedene Gefahrensituationen. Er stellt einige Probleme heraus (z.B. Gefahr für Kinder durch Hunde, keine Durchfahrt für die Feuerwehr durch parkende Autos) und fragt, wann mit entsprechenden Sofortmaßnahmen zu rechnen sei. Bis heute habe man keine Antwort bekommen.  
Ein weiterer Anwohner weist ebenfalls auf die Situation hin und spricht insbesondere die Gefährdung von Kindern an.

Herr Sterzenbach erklärt, dass die Eingabe bearbeitet wird, er Sofortmaßnahmen nicht mit genauem Datum in Aussicht stellen könne. Für ordnungsrechtliche Sofortmaßnahmen müsse eine Rechtsgrundlage vorhanden und ein dementsprechender Sachverhalt verifiziert sein.

- Herr Dr. Rathke stellt verschiedene Fragen zum Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises, insbesondere zu dessen zweiten Teil.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises ein Entwurf sei. Es sei demnach noch nicht fertiggestellt und befinde sich in der Abstimmung. Erst nach Fertigstellung werde man sich dies ansehen, veröffentlichen und bewerten sowie überlegen, welche Schlüsse daraus zu ziehen seien.

Herr Sterzenbach ergänzt, dass APUE, AWMT und der Rat in den letzten Sitzungen des Jahres mit der Endfassung des Gewerbeentwicklungskonzeptes befasst werden. Ein von Herrn Dr. Rathke sogenannter „Plan B“ werde bei Erforderlichkeit erwogen und dann mit dem Fachausschuss entwickelt.

In Bezug auf die Grundstücke verweist der Bürgermeister auf die bestehende Beschlusslage des Rates, wonach sich die vom Rat bestellten Vertreter der Entwicklungsgesellschaft in deren Gremien für entsprechende Grundstücksankäufe einsetzen sollen. Zu Ergebnissen habe dies bisher nicht geführt.

- Herr Schmitz stellt verschiedene Fragen zur Asylsituation.

Der Bürgermeister erklärt, dass mögliche Abschiebungen nicht anerkannter Asylbewerber nicht in der Zuständigkeit der Gemeinde, sondern des Kreises – Ausländerbehörde – liegt. Die Reinigung der Unterkünfte durch ein Unternehmen erfolge u.a. zur Einhaltung gewisser Hygienestandards, insbesondere auch im Hinblick auf die hohen Belegungszahlen. In Bezug auf eine Frage zur Entsorgung alter Möbel erklärt Herr Pohl, dass diese zur Sperrgutabfuhr angemeldet seien.

- Ein Anwohner fragt nach der Zuständigkeit für Kinderrechte und Familienschutz.

Herr Sterzenbach erklärt, dass ohne Vorlage eines konkreten Sachverhaltes eine Aussage hierzu nicht möglich ist. Der Anwohner erklärt, dass sich dieser aus der bereits zitierten Eingabe ergibt. Man werde das prüfen, erklärt Herr Sterzenbach.

-